



Sven Weickert, Geschäftsführer UVB VME | Foto: UVB

## Negativtrend in der Industrientwicklung 2024

21. Februar 2025

*Zur Industrientwicklung in der Hauptstadtregion liegen jetzt die Zahlen für 2024 vor. **Sven Weickert**, Geschäftsführer der [Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. \(UVB\)](#), kommentiert die Zahlen ernüchternd, zeigt sich aber auch zuversichtlich: „Es war ein schwieriges Jahr (...), die Bundestagswahl muss Signale für einen Aufbruch bringen.“*

Die Auftragseingänge und der erwirtschaftete Umsatz befanden sich in Berlin zuletzt in einem Jahrestief. Die Umsätze der 330 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr tätigen Personen sanken im Dezember 2024 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 11,2 Prozent, die

Auftragseingänge gingen um 35,3 Prozent zurück. Berlins umsatzstärkster Industriezweig, die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse, verminderten ihre Umsätze um 23,2 Prozent. Auch in Brandenburg ergab die Auswertung der Umsätze aus 434 Industriebetrieben mit 50 und mehr tätigen Personen im Dezember 2024 einen Umsatzrückgang von 1,8 Prozent, allerdings stiegen die Auftragseingänge leicht um 2,7 Prozent.

Industrieexperten sehen die Zahlen insgesamt kritisch, wie Sven Weickert erläutert: „Die Industriebilanz des Jahres 2024 fällt für die Hauptstadtregion durchwachsen aus. In Berlin erleben die Unternehmen im zweiten Jahr in Folge einen Umsatzrückgang. Der Exportanteil stagniert. Das zeigt einmal mehr, dass der Standort Berlin und der Standort Deutschland ein Wettbewerbsproblem haben. Auch in Brandenburg schlägt die Krise der Konjunktur und des Standorts Deutschland durch. Die Bilanz der vergangenen zehn Jahre fällt indes positiv aus: Die Zahl der Arbeitsstunden ist um mehr als fünf Prozent gestiegen. Damit die Industrie auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückkommt, brauchen wir ein klares Signal für einen wirtschaftlichen Aufbruch bei der Bundestagswahl. Die Bedingungen für Produktion und Investitionen müssen besser werden. Wir brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise, ein attraktives Steuersystem, Investitionen in Bildung und Infrastruktur und niedrigere Sozialbeiträge.“ (red)